



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**116,82 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**58,42 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Erneuerbare gesicherte Leistung darf gegenüber fossiler gesicherter Leistung nicht benachteiligt werden.“

BIOGAS

Biomethan bleibt
Streitpunkt im EEG

H2-PREISINDEX

Gestehungskosten
leicht gesunken

BILANZ

Netzausbau und
neue Finanzierung
prägen Strategie

Aurelie Alemany, Vorstandsvorsitzende von Enercity, über das neue EEG und Netzpaket nach den Plänen der Bundesregierung.

Inhalt

TOP-THEMA

→ **SMART METER**: Der leichte Weg zur Digitalisierung

POLITIK & RECHT

- **BIOGAS**: Biomethan bleibt Streitpunkt im EEG
- **PHOTOVOLTAIK**: Verbraucherschützer kritisieren EEG-Reformpläne
- **PERSONALIE**: Personalwechsel im BMW
- **STATISTIK DES TAGES**: Verkehrssektor bremst deutschen Klimaschutz

HANDEL & MARKT

- **H2-PREISINDEX**: Gestehungskosten leicht gesunken
- **STROM**: Energiearmut mit Stromspenden bekämpfen
- **ELEKTROFAHRZEUGE**: Mit Strom in den Sommerurlaub
- **STUDIEN**: DIHK sieht Energiekosten als Investitionsbremse

TECHNIK

- **WINDKRAFT OFFSHORE**: Flügel von Windrad in Nordsee abgebrochen
- **KWK**: Neuer Motor von Everllence auf dem Markt
- **KLIMASCHUTZ**: Haferschalen statt Erdgas

UNTERNEHMEN

- **BILANZ:** Netzausbau und neue Finanzierung prägen Strategie
 - **BILANZ:** Naturenergie mit deutlichem Ergebnisrückgang
 - **PERSONALIE:** Stadtwerke-Chef in Landshut gibt Posten ab
 - **STADTWERKE:** Neue Projektwärmegesellschaft gegründet
 - **UNTERNEHMEN:** Zeppelin richtet sich internationaler aus
 - **FINANZIERUNG:** Nordex setzt auf milliardenschwere Finanzierungsreserve
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Entspannung lässt Energiemärkte nachgeben
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Der leichte Weg zur Digitalisierung



Quelle: Shutterstock / Proxima Studio

SMART METER. Der Koalitionsbeschluss zu einem „Smart Meter Light“ hat die Diskussion um den „richtigen“ Weg zur Digitalisierung der Energiewirtschaft befeuert.

Auch für Fachleute kam die Ansage des Koalitionsausschusses überraschend, dass mit einem Smart Meter Light die Digitalisierung der Stromnetze und die Einführung flexibler Tarife beschleunigt werden soll. In ihrem „Programm für Aufschwung und Beschäftigung“ hatten CDU/CSU und SPD eine „kostengünstige“ und abgespeckte Variante eines intelligenten Messsystems ins Spiel gebracht. Es soll Kunden, die nicht dem verpflichtenden Rollout unterliegen, in die Lage versetzen „kostengünstig und cybersicher“ ihre Stromrechnung zu optimieren.

Damit griffen die Koalitionsspitzen eine Diskussion auf, die bereits seit längerer Zeit schwelt. Allerdings hatte die Initiative „Simplify Smart Metering“ bereits im vergangenen Jahr klargestellt, dass insbesondere Steuerungsvorgänge über gesicherte Kanäle erfolgen müssen. „Hier sehen wir das Gateway (das Smart Meter Gateway als Teil des intelligenten Messsystems; Anm. d. Red.) als gesetzt an“, betonten Vertreter der Initiative in einem Positionspapier. Daher sei ihr Ansatz mit einem Smart Meter Light auch nicht, wie gelegentlich fälschlicherweise behauptet, eine Konkurrenz zum intelligenten Messsystem.

Den Initiatoren geht es vielmehr um eine „smarte moderne Messeinrichtung“, um dynamische Tarife schneller und einfacher umzusetzen und optionale Einbaufälle abzuarbeiten. Außerdem könnte die Netztransparenz durch eine schnelle und flächendeckende Bereitstellung von 15-Minuten-Messwerten erhöht und gegebenenfalls teurer Netzausbau vermieden werden.

Dennoch ließ die Kritik am Koalitionsbeschluss nicht lange auf sich warten. In einem Positionspapier sprechen sich das Forum Netztechnik/Netzbetrieb (FNN) und die Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (DKE) gegen die Einführung eines eigenständigen „Smart Meter Light“ aus. Die Organisationen – beide unter dem Dach des VDE – warnen davor, mit einer zusätzlichen Technologievariante den laufenden Smart-Meter-Rollout zu bremsen. Sie unterstützen zwar das Ziel einer Beschleunigung des Rollouts, halten die Schaffung von Parallelstrukturen jedoch für den falschen Weg, der weitere Standardisierung und Normung erfordert. Als Alternative zu einem „Smart Meter Light“ verweisen die Autoren auf die bereits gesetzlich verankerte sogenannte 1:n-Lösung. Dabei werden mehrere Stromzähler über ein gemeinsames Smart-Meter-Gateway angebunden.

1:n-Lösung als Alternative

Filip Thon sieht zwar einen einfachen und beschleunigten Smart Meter Rollout als entscheidend an, um das volle Potenzial von Flexibilität im Stromsystem nutzen zu können. Es sei aber fraglich, ob ein Smart Meter Light tatsächlich der notwendige Beschleuniger ist, so der CEO von Eon Energie Deutschland. „Denn: Ein Smart Meter Light wird zwar mehr Haushalten einen Zugang zu dynamischen Tarifen eröffnen, aber nicht dafür sorgen, dass die Flexibilitäten von Kunden mit großen verschiebbaren Lasten, zum Beispiel aus Eigenerzeugung, intelligenten Stromspeichern oder Elektromobilität, schneller im Stromsystem genutzt werden“, so Thon. Dafür sei nach wie vor ein intelligentes Messsystem notwendig. Dessen Rollout müsse aber „unkompliziert“ sein.

Damit schlägt er im Grunde in die gleiche Kerbe wie Markus Meyer, Leiter des Bereichs Regulierung und Energiepolitik bei Enpal. Er hatte bereits im Sommer des vergangenen Jahres erklärt, nicht der Gerätetyp verursache hohe Kosten, sondern die komplizierten Abläufe und systemseitigen Anforderungen.

Vor dem Hintergrund der Effizienz-Diskussion rückt auch eine aktuelle Studie in den Fokus, die die Beratungsgesellschaft BET zusammen mit den Stadtwerken Osnabrück erstellt hat. Darin betrachtet BET den Rollout intelligenter Messsysteme vor allem aus Sicht der Markttrollen – vom Netzbetrieb über den Messstellenbetrieb und den Vertrieb bis hin zu Handel und Endkunden.

Das Ergebnis fällt eindeutig aus: Die kurzfristig größten Potenziale liegen vielfach nicht in der Steuerung, sondern in der Digitalisierung energiewirtschaftlicher Prozesse, etwa die Fernauslesung, stichtagsgenaue Ablesungen sowie die spartenübergreifende Auslesung von Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmezählern. Dagegen werden netzorientierte Steuerung, virtuelle Kraftwerke oder die Vermarktung von Flexibilitäten zwar als strategisch bedeutsam eingestuft, kurzfristig jedoch aus regulatorischen und wirtschaftlichen Gründen mit einem geringeren Zusatznutzen bewertet.

Am Ende empfiehlt BET einen „vertriebsoptimierten, erweiterten Pflichtrollout“, der zusätzliche Einbaufälle dort erschließt, wo hoher Kunden- und Prozessnutzen entsteht. (fw)

Einen ausführlichen Beitrag zur aktuellen Diskussion um das Messwesen lesen Sie in der August-Ausgabe von **Energie & Management**. // **VON FRITZ WILHELM**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Fotolia / Jürgen Fälschle

Biomethan bleibt Streitpunkt im EEG

BIOGAS. Der Energieversorger Enercity fordert Änderungen am geplanten EEG. Das Unternehmen warnt vor Nachteilen für KWK mit Biomethan, ebenso wie der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern.

Der Energieversorger Enercity aus Hannover fordert Nachbesserungen an den überarbeiteten Referentenentwürfen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und zum Netzpaket. Laut dem Unternehmen enthalten die Entwürfe zwar Verbesserungen, etwa beim Redispatch, sie ließen jedoch weiterhin wesentliche Fragen offen.

Besonders kritisch bewertet Enercity-CEO Aurelie Alemany die geplante Abschaffung der Biomethanausschreibungen im EEG. Nach Angaben des Unternehmens würde damit der bislang etablierte Investitionsrahmen für neue Biomethananlagen in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) entfallen. Sie fordert deshalb, die Ausschreibungen sowie den Flexibilisierungszuschlag beizubehalten und weiterzuentwickeln.

Gesicherte Leistung im Inland bewahren

Alemany argumentiert, hochflexible Biomethan-KWK-Anlagen könnten in Zeiten geringer Stromerzeugung aus Wind- und Solaranlagen sowie bei Netzengpässen verlässlich erneuerbaren Strom und Wärme bereitstellen. Sie trügen zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit bei und stärkten die regionale Wertschöpfung.

„Erneuerbare gesicherte Leistung darf gegenüber fossiler gesicherter Leistung nicht benachteiligt werden“, erklärt die Enercity-Chefin. Die vorgesehene Streichung von § 28d EEG sende nach ihrer Einschätzung das falsche Signal und sollte zurückgenommen werden.

Unterstützung erhält die Forderung nach verlässlichen Rahmenbedingungen vom Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern. Der Verband verweist darauf, dass von den 546 Biogasanlagen im Bundesland die meisten zwischen 2006 und 2012 errichtet wurden. Bei mehr als der Hälfte laufe in den kommenden fünf Jahren die auf 20 Jahre befristete EEG-Förderung aus. Erste Entscheidungen über einen Weiterbetrieb stünden bereits ab Ende 2026 an.

Nach Angaben des Bauernverbands sind Biogasanlagen für viele landwirtschaftliche Betriebe ein wichtiges wirtschaftliches Standbein. Sie verwerteten Energiepflanzen, Gülle und andere Reststoffe und lieferten bedarfsgerecht Strom und Wärme, insbesondere dann, wenn Wind- und Solarenergie nicht ausreichend verfügbar seien. Bauernpräsident Karsten Trunk forderte deshalb verlässliche politische Rahmenbedingungen im neuen EEG.

Anschlussförderung unwirtschaftlich

Der Verband kritisiert speziell die geplanten Regelungen für die Anschlussförderung nach Auslaufen der EEG-Vergütung. Künftig soll die Einspeisung von Biogasstrom nur noch für maximal 3.000 Stunden pro Jahr vergütet werden. Nach Einschätzung des Bauernverbands würden viele Betreiber dadurch nur noch einen Bruchteil ihrer bisherigen Erlöse erzielen.

Naturschutzverbände bewerten die Förderung von Biogasanlagen dagegen kritischer. Der Naturschutzbund Deutschland (Nabu), Landesverband Schleswig-Holstein, hatte bereits im vergangenen Jahr gefordert, die Einspeisevergütung für Biogasanlagen auslaufen zu lassen, die Mais oder andere Energiepflanzen einsetzen.

Der Verband argumentiert, Biogas aus Energiepflanzen sei energetisch vergleichsweise ineffizient und leiste nur einen geringen Beitrag zum Klimaschutz. Zudem habe sich die über 20 Jahre garantierte EEG-Förderung aus Sicht des Nabu als energie- und umweltpolitischer Fehlanreiz erwiesen. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Verbraucherschützer kritisieren EEG-Reformpläne



Quelle: Fotolia / KB3

PHOTOVOLTAIK. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) sieht im geplanten Umbau der EEG-Förderung erhebliche Risiken für den weiteren Ausbau kleiner Photovoltaikanlagen.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) fordert Nachbesserungen am Kabinettsentwurf für die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Zwar unterstütze der Verband das Ziel, den Ausbau der erneuerbaren Energien stärker an Markt- und Netzsignalen auszurichten. Die geplante Abschaffung der festen Einspeisevergütung für neue Photovoltaikanlagen bis 25 kW und die verpflichtende Direktvermarktung könnten jedoch den dezentralen PV-Ausbau privater Haushalte ausbremsen, heißt es in einer Stellungnahme.

Nach dem Gesetzentwurf sollen neue Photovoltaikanlagen mit einer installierten Leistung von weniger als 25 kW ihren Strom künftig grundsätzlich direkt vermarkten. Als Übergangsregelung ist für einen begrenzten Zeitraum eine Netzbetreiberabnahme vorgesehen. Zusätzlich soll ein Direktvermarktungsbonus den Einstieg in das neue System erleichtern. Der VZBV hält diesen Übergang zwar grundsätzlich für richtig, sieht die Voraussetzungen für eine verpflichtende Direktvermarktung kleiner Anlagen jedoch noch nicht als erfüllt an.

Aus Sicht des Verbands fehlt es derzeit sowohl an wirtschaftlich tragfähigen Geschäftsmodellen als auch an einer flächendeckend funktionierenden Abwicklung. Studien des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE), auf die sich die Verbraucherschützer beziehen, zeigten, dass sich die Amortisationszeit kleiner PV-Anlagen durch den Wechsel in die Direktvermarktung um zwei bis drei Jahre verlängern könne. Um die bisherigen Erträge zu erreichen, wäre demnach eine deutlich höhere

Eigenverbrauchsquote erforderlich. Zudem entstünden zusätzliche Kosten für Direktvermarkter und ein höherer organisatorischer Aufwand für Anlagenbetreiber.

Verband schlägt längere Übergangsregeln vor

Hinzu komme, dass Marktakteure die Direktvermarktung kleiner Überschussanlagen derzeit vielfach noch nicht als wirtschaftlich ansehen. Als wesentliche Hemmnisse nennt die Stellungnahme hohe Fixkosten, eine bislang unzureichend digitalisierte Marktkommunikation sowie ineffiziente Datenaustauschprozesse. Auch bei optimalen Abläufen werde die Wirtschaftlichkeit kleiner Anlagen infrage gestellt.

Nach Einschätzung des VZBV verlagert der Gesetzentwurf die Risiken des Systemwechsels zu stark auf private Anlagenbetreiber. Diese müssten künftig darauf vertrauen, einen geeigneten Direktvermarkter zu finden und darauf, dass Netzbetreiber die notwendigen Prozesse rechtzeitig bereitstellen. Solange dies nicht gewährleistet sei, sollten verlässliche Vergütungsmechanismen erhalten bleiben.

Der Verband schlägt unter anderem eine längere Übergangsregelung zur Netzbetreiberabnahme und ein mehrstufiges Modell zur schrittweisen Reduktion der Zahlungen vor. Alternativ sei eine dynamische Einspeisevergütung in Kombination mit einem dynamischen Stromtarif den Übergang denkbar.

„Die Netzbetreiber müssten den Strom zum aktuellen Börsenstrompreis vermarkten und die Erlöse unter Abzug einer geringen Gebühr an die Anlagenbetreibenden weiterreichen. Dies würde die Rentabilität erhalten und das EEG-Konto dennoch nicht belasten“, heißt es wörtlich in einer Stellungnahme des Verbands.

Sanktionsmechanismus für Verteilnetzbetreiber

Besonders kritisch bewertet der VZBV die Rolle der Verteilnetzbetreiber. Die für eine flächendeckende Direktvermarktung erforderlichen Prozesse seien vielerorts noch nicht vorhanden. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Betreiber kleiner PV-Anlagen nach Auslaufen der Übergangsregelungen weder eine Einspeisevergütung noch Erlöse aus der Direktvermarktung erhielten, weil Netzbetreiber ihre Aufgaben nicht erfüllten. Der Verband fordert deshalb einen Sanktionsmechanismus für Verteilnetzbetreiber sowie die Prüfung von Entschädigungsansprüchen für betroffene Anlagenbetreiber.

Insgesamt warnen die Verbraucherschützer davor, die Teilhabe privater Haushalte an der Energiewende zu gefährden. Photovoltaikanlagen auf Ein- und Mehrfamilienhäusern trügen nicht nur zur kostengünstigen Stromversorgung bei, sondern förderten auch Investitionen in Wärmepumpen, Elektrofahrzeuge und Batteriespeicher. Deshalb müsse der Übergang zur verpflichtenden Direktvermarktung so ausgestaltet werden, dass Planungssicherheit und Investitionsanreize für private Haushalte erhalten blieben. (fw)

Die **Stellungnahme des VZBV** steht im Internet zum Download zur Verfügung. // **VON FRITZ WILHELM**

[^ Zum Inhalt](#)

Personalwechsel im BMW



Quelle: Johannes Steiniger

PERSONALIE. Johannes Steiniger (CDU) wird neuer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium (BMW). Er folgt auf Gitta Connemann, die ins Digitalministerium (BMDS) wechselt.

Am 27. Juli gab das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) einen Personalwechsel bekannt. Johannes Steiniger wird neuer Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Er wird Nachfolger von Gitta Connemann (beide CDU). Diese wird Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) dankte Gitta Connemann „für die vertrauensvolle und engagierte Zusammenarbeit“. Mit Johannes Steiniger bekomme das Bundeswirtschaftsministerium einen Parlamentarischen Staatssekretär, „der sich schon lange mit wirtschaftspolitischen Fragen in ihrer ganzen Bandbreite beschäftigt und dessen Arbeit ich schätze“, erläuterte Reiche.

Steiniger ist seit 2024 Generalsekretär der CDU Rheinland-Pfalz und seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit dieser Legislaturperiode vertritt er als direkt gewähltes Mitglied den Wahlkreis Neustadt-Speyer. Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode ist er Vorsitzender der Landesgruppe Rheinland-Pfalz der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

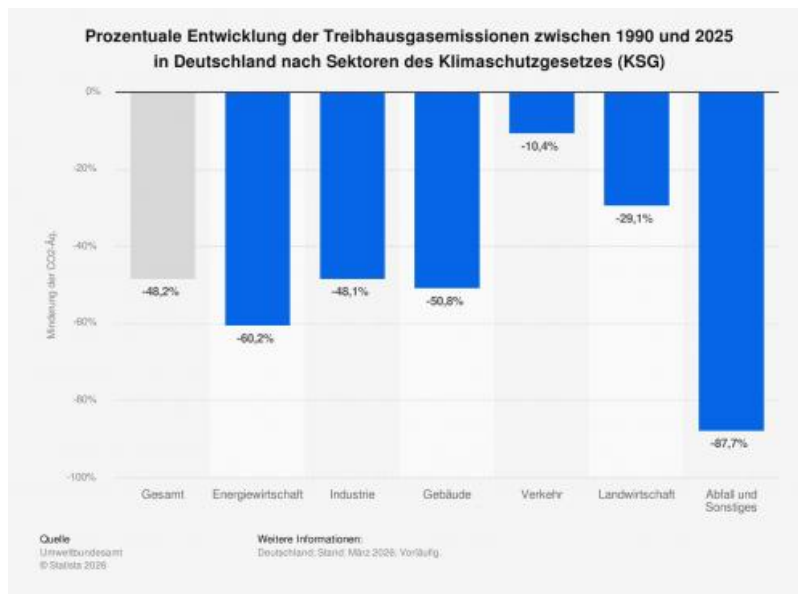
[^ Zum Inhalt](#)

Verkehrssektor bremst deutschen Klimaschutz



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Deutschland macht Fortschritte bei der Reduzierung von Treibhausgasen zum Klimaschutz. Doch nicht alle Sektoren sind so erfolgreich wie Energiewirtschaft und Abfallbeseitigung. Im Zeitraum von 1990 bis 2025 sind die Treibhausgasemissionen im Sektor „Abfall und Sonstiges“ mit rund 87,7 Prozent am stärksten reduziert worden. Im Verkehrssektor wurden dagegen seit 1990 nur rund 10,4 Prozent Treibhausgasemissionen eingespart, so die Daten des Umweltbundesamtes (UBA).

Gemäß der im deutschen Klimaschutzgesetz (KSG) verankerten Ziele sollen Deutschlands Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2030 auf 441 Millionen Tonnen sinken. Bis zum Jahr 2045 will Deutschland Treibhausgasneutralität erreichen. Mengenmäßig dominiert Kohlendioxid bei den Emissionen, weitere Treibhausgase sind unter anderem Methan, Distickstoffmonoxid sowie Hydrofluorcarbone. Im weltweiten Vergleich war China mit Abstand der größte Verursacher von Emissionen. Mit Abstand folgten die Länder USA, Indien und Russland. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

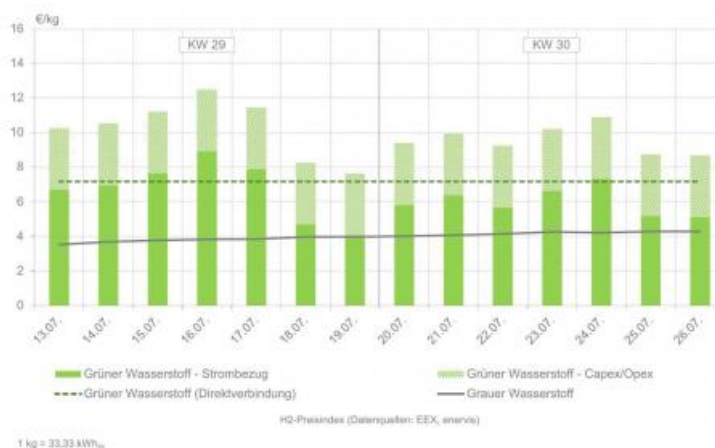
HANDEL & MARKT



Quelle: E&M / Shutterstock, wanpatsorn

Gestehungskosten leicht gesunken

H2-PREISINDEX. Grüner Wasserstoff ist noch nicht marktreif. Wie sich der Preisvergleich zum grauen Wasserstoff darstellt, zeigt der H2-Preisindex von Enervis und E&M alle zwei Wochen.



Wasserstoffpreisindex in den Kalenderwochen 29 und 30

(Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: enervis energy advisors GmbH EEX

Die Gestehungskosten für strommarktbasierten grünen Wasserstoff sind nach einem kurzen Anstieg in der 29. Kalenderwoche dieses Jahres wieder leicht gesunken. Das Zweiwochenhoch lag bei 12,50 Euro/Kilogramm, das Zweiwochentief bei 7,63 Euro/Kilogramm. Im Wochenmittel ist der Preis von 10,26 auf 9,53 Euro/Kilogramm nach unten gegangen.

Die Gestehungskosten für grauen Wasserstoff bewegten sich im Wochenverlauf zwischen 3,52 und 4,28 Euro/Kilogramm. Das Preisniveau lag damit weiterhin konstant unterhalb des strommarktbasierten Wasserstoffs sowie der Insellösung aus Erneuerbaren-Energie-Anlage und Elektrolyseur.

Legende zum H2-Preisindex

- **Grüner Wasserstoff:** Gestehungskosten auf Basis von Strompreisen am Spotmarkt, Herkunftsnachweisen* für die jeweiligen Strommengen sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Elektrolyseanlage
- **Grüner Wasserstoff (Direktverbindung):** Gestehungskosten als Benchmark auf Basis von grünem Bezugsstrom einer netzentkoppelten Erneuerbaren-Anlage sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Elektrolyseanlage
- **Grauer Wasserstoff:** Gestehungskosten auf Basis von Erdgaspreisen am Spotmarkt, Preisen für CO₂-Zertifikate sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Erdgas-Dampfreformierungsanlage

*Die Anforderungen der Bundesregierung an grünen Wasserstoff werden über die 37. BImSchV an die Anforderungen der Europäischen Union angepasst. Zukünftig müssen die Kriterien der Zusätzlichkeit sowie der zeitlichen / geografischen Korrelation für die Produktion erfüllt sein.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)

Energiearmut mit Stromspenden bekämpfen



Quelle: Pixabay / cverkest

STROM. In Österreich läuft ein Projekt, mit dem man über eine Energiegemeinschaft überschüssigen Strom an bedürftige Haushalte spenden kann.

Die Sache hört sich gut an. Betreiber Erneuerbarer-Energie-Anlagen geben ihren Überschussstrom an bedürftige Haushalte. In Österreich wird das gerade in dem Pilotprojekt „Energiespenden 2.0“ erprobt. Allerdings ist die Umsetzung in der Praxis schwieriger als theoretisch gedacht.

Die Forschungseinrichtung Salzburg Research probiert in Österreich mit der Enixi GmbH, der „OurPower“-Energiegenossenschaft und der NGO Robin Powerhood das Projekt „Energiespenden 2.0“ aus. Gefördert wird es von der Bundesregierung in Wien. Prominenter Spender ist die deutsche Supermarktkette Lidl, die mit gutem Beispiel vorangeht und überschüssige Energie aus Photovoltaikanlagen für armutsbetroffene Haushalte zur Verfügung stellt.

„Die Bereitschaft, überschüssigen Strom zu teilen, ist bereits deutlich vorhanden. Entscheidend ist nun, die gespendete Energie technisch und organisatorisch so zu bündeln, dass möglichst wenig davon ungenutzt bleibt“, sagt Stefan Linecker, Projektleiter bei Salzburg Research. Gleichzeitig müssen die Angebote für die betroffenen Menschen einfach und verständlich zugänglich sein. Ziel sei ein Modell, das auch bei „stark steigenden Teilnahmezahlen verlässlich funktioniert“.

Landesweite Energiegemeinschaft

Rund 360.000 Menschen in österreichischen Haushalten können es sich nach Angaben von Salzburg Research „nicht leisten, ihre Wohnung angemessen warmzuhalten“. Besonders betroffen seien Personen mit geringem Einkommen. Sie können häufig nur eingeschränkt an den Vorteilen der Energiewende teilhaben, heißt es weiter.

Seit 2021 ist es in Österreich möglich, Strom zu verteilen, ohne Energiehändler zu sein. Auf dieser Grundlage basiert dieses Projekt. Mittels Bürgerenergiegemeinschaften kann Strom überregional verteilt werden. Die Enixi GmbH und Robin Powerhood haben über die Website „Energiespenden.at“ eine österreichweite Energiegemeinschaft etabliert, um überschüssige Energie an bedürftige Haushalte zu spenden.

„Seit dem Start im Jahr 2023 wurden rund 750 Megawattstunden Strom gespendet. Dies entspricht einer Unterstützungsleistung im Wert von etwa 100.000 Euro“, sagt Valentin Neuhauser von Robin Powerhood. Innerhalb der vergangenen acht Monate habe sich die Zahl der spendenden Personen vervierfacht.

Das bisherige Modell stoße jedoch an technische und organisatorische Grenzen, heißt es weiter. Erzeugung und Verbrauch werden jeweils in Zeitabschnitten von 15 Minuten miteinander verrechnet. Wird in einem solchen Zeitraum mehr Strom gespendet als unmittelbar verbraucht, kann der Überschuss nicht vollständig für die unterstützten Haushalte genutzt werden. Benötigen diese mehr Energie als gleichzeitig gespendet wird, muss der Reststrom über den regulären Stromanbieter bezogen werden.

Ziel: „Barrierearmer“ Zugang

Weiterhin wollen die Partner bei „Energiespenden 2.0“ ein einheitliches Service-Design, standardisierte Prozesse und einen Maßnahmenkatalog aufbauen. Ziel seien verständliche und möglichst barrierearme Zugänge für Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Lebenssituationen.

Unterstützung kommt dabei für Energiespenden 2.0 von der „OurPower“-Energiegenossenschaft. Sie hat nach Angabe von Salzburg Research viel Erfahrung mit einem digitalen Strommarktplatz aufgebaut. Die Energiegenossenschaft wurde 2018 gegründet. Am Our-Power-Marktplatz können Produzierende von PV-Strom sowie Wind- und Wasserkraft ihren Strom direkt an Kunden in ganz Österreich verkaufen und die Preise dafür selbst festlegen.

Mit dem Family&Friends-Angebot gibt es schon die Möglichkeit, Strom um nur 1 Cent/kWh an Freunde zu verkaufen. Im Projekt Energiespenden 2.0 will Our Power gemeinsam mit Robin Powerhood und Enixi ein neues Angebot entwickeln, bei dem das Spenden von Strom mit der Vollversorgung über den Our-Power-Marktplatz kombiniert werden kann.

Langfristig sollen mehrere zehntausend Haushalte teilnehmen können. Das Konsortium sieht ein mögliches jährliches Spendenvolumen im zweistelligen Gigawattstundenbereich. Ob und in welchem Umfang dieses Potenzial erreicht werden kann, soll im Projekt anhand der entwickelten technischen, sozialen und wirtschaftlichen Modelle untersucht werden. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Mit Strom in den Sommerurlaub



Quelle: Katia Meyer-Tien

ELEKTROFAHRZEUGE. Deutschland verfügt inzwischen über mehr als 200.000 öffentliche Ladepunkte. Der BDEW sieht die Infrastruktur dem Fahrzeugbestand deutlich voraus und fordert stärkere Kaufanreize.

Mit Bayern startet am 3. August auch das letzte der deutschen Bundesländer in die Sommerferien. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) nimmt das zum Anlass, ein Zwischenfazit zum Ausbau der Ladeinfrastruktur zu ziehen: Insgesamt 204.078 öffentlich zugängliche Ladepunkte gebe es mittlerweile, berichtet der Verband unter Berufung auf Zahlen der Bundesnetzagentur in einer aktuellen Mitteilung.

Gegenüber Juni 2025 entspreche das einem Zuwachs von 16 Prozent. Rund 26 Prozent der Ladepunkte sind Schnelllader, insbesondere das Angebot an Ultraschnellladern mit mindestens 150 kW sei deutlich gewachsen. Deutschland erfülle damit die Vorgaben der Europäischen Union zum Ausbau der Ladeinfrastruktur deutlich. Für Nutzer von Elektrofahrzeugen sei der nächste öffentliche Ladepunkt im Durchschnitt innerhalb von fünf Minuten Fahrzeit erreichbar.

Den Ausbau der Ladeinfrastruktur tragen vor allem Unternehmen der Energiewirtschaft. Nach BDEW-Angaben werden mehr als 80 Prozent der öffentlichen Ladepunkte von Mitgliedsunternehmen des Verbandes betrieben. Weitere Anbieter sind unter anderem Parkhaus- und Parkplatzbetreiber, Supermärkte sowie Hotels.

Auslastung noch gering

Parallel wachse der Bestand an Elektroautos. Im Jahr 2025 wurden mehr als 545.000 batterieelektrische Pkw neu zugelassen. Das entsprach 19,1 Prozent aller Neuzulassungen. Zum 1. Januar 2026 waren damit erstmals mehr als zwei Millionen Elektroautos in Deutschland zugelassen (wir berichteten). Im ersten Halbjahr 2026 entfielen nach BDEW-Angaben bereits 24,8 Prozent beziehungsweise rund 368.000 der Pkw-Neuzulassungen auf Elektrofahrzeuge.

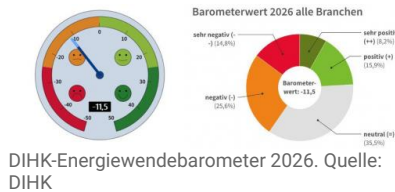
Trotz steigender Fahrzeugzahlen sieht der Verband keine Engpässe an öffentlichen Ladepunkten. Die durchschnittliche Auslastung der Ladeinfrastruktur liege weiterhin bei rund zwölf Prozent.

„Die Energie- und Ladebranche liefert: Seit Jahren investiert sie im Vertrauen auf stabile Rahmenbedingungen in den Ausbau des Ladeangebots und hat diese deutlich über den aktuellen Bedarf ausgebaut. Die über 200.000 öffentlichen Ladepunkte hierzulande sind ein sichtbares Zeichen. Für die Reise in den Sommerurlaub muss sich also niemand Sorgen über fehlende Ladepunkte machen“, lässt sich Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, zitieren.

Mit Blick auf den weiteren Hochlauf der Elektromobilität fordert der Verband eine stärkere Ausrichtung der politischen Rahmenbedingungen auf die Nachfrageseite. Erforderlich dafür sei eine nachhaltige und dauerhafte Förderung, sagt Andreae und verweist auf entsprechende Modelle in europäischen Nachbarstaaten. Zudem fordert der BDEW eine langfristig angelegte Elektromobilitätsstrategie sowie eine faire Ausgestaltung des EU-Automobilpakets. Die geplante Aufweichung der Flottengrenzwerte sieht der Verband kritisch. (kmt) // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

DIHK sieht Energiekosten als Investitionsbremse



STUDIEN. Laut einer DIHK-Umfrage belasten hohe Energiekosten Unternehmen in Deutschland zunehmend. Investitionen würden verschoben und Produktionskapazitäten ins Ausland verlagert.

Die hohen Energiekosten verschärfen nach Einschätzung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) den Druck auf den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das geht aus dem Energiewende-Barometer 2026 hervor, für das die DIHK im Juni rund 3.100 Unternehmen aus Industrie, Handel, Dienstleistungen und Bauwirtschaft befragt hat.

Der Umfrage zufolge sind die Energiekosten für viele Unternehmen innerhalb der vergangenen zwölf Monate erneut gestiegen. Knapp die Hälfte der Betriebe berichtet von höheren Stromkosten, bei Gas und Öl geben rund zwei Drittel steigende Belastungen an. Das Energiewende-Barometer fällt damit nach einer zwischenzeitlichen Erholung wieder auf minus elf Punkte auf einer Skala von minus 100 bis plus 100.

Mehr als 40 Prozent der befragten Unternehmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende beziehungsweise die damit verbundenen Energiekosten beeinträchtigt. In der Industrie trifft dies laut DIHK auf rund zwei Drittel der Unternehmen zu, im Handel auf 40 Prozent. In den nördlichen Bundesländern mit mehr erneuerbarer Energie fällt die Beurteilung besser aus als im Süden, so das Barometer.

Klimaschutzmaßnahmen aufgeschoben

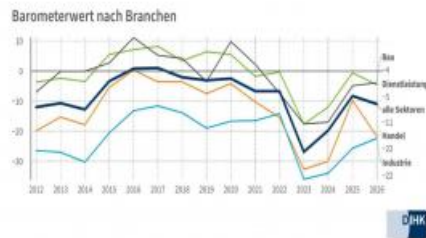
Die wirtschaftlichen Folgen zeigen sich nach Angaben der DIHK zunehmend bei den Investitionen. Rund ein Drittel der Unternehmen verschiebt Investitionen in seine Kernprozesse. Jeder vierte Betrieb stellt Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen zurück, weil die finanziellen Spielräume fehlen. Zudem verschieben 16 Prozent der Unternehmen Investitionen in Forschung und Innovation.

DIHK-Präsident Peter Adrian erklärte, die hohen Energiekosten belasteten inzwischen nicht mehr nur das Tagesgeschäft, sondern verhinderten auch Zukunftsinvestitionen. Wer heute nicht investiere, verliere künftig an Innovationskraft, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. „Wenn Energie dauerhaft teurer und die Regulierung enger ist als bei unseren internationalen Wettbewerbern, verlieren wir schrittweise Wertschöpfung und industrielle Substanz“, warnte Adrian.

Unternehmen wollen abwandern

Besonders deutlich wird die Entwicklung laut Barometer bei der Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten. Rund 20 Prozent aller Unternehmen beschäftigen sich nach eigenen Angaben mit einer Verlagerung ins Ausland, haben entsprechende Maßnahmen bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung. In der Industrie liegt dieser Anteil bei rund 40 Prozent, bei großen Industrieunternehmen bei etwa 60 Prozent. Rund ein Drittel dieser großen Industrieunternehmen setzt Verlagerungsmaßnahmen nach eigenen Angaben bereits um.

Die Unternehmen stünden grundsätzlich hinter dem Ziel der Klimaneutralität, sagte Adrian. Gleichzeitig seien die Energiekosten im internationalen Wettbewerb zu einem zunehmenden Nachteil geworden. „Nur wenn Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam gedacht werden, kann die Transformation erfolgreich sein“, mahnte der DIHK-Präsident.



Bewertung der Energiewende nach Branchen 2026

(Für Vollbild auf die Grafik klicken)

Quelle: DIHK

Energieinfrastruktur verbessern

Bei den energiepolitischen Prioritäten steht für die Unternehmen der Ausbau der Energieinfrastruktur im Vordergrund. Vier von fünf Befragten wünschen sich laut DIHK mehr Tempo und Verlässlichkeit beim Ausbau der Infrastruktur. Knapp drei Viertel sprechen sich für ein stärkeres finanzielles Engagement des Staates beim Aufbau der Energieinfrastruktur aus.

Eine Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis befürworten 78 Prozent der Unternehmen. Ebenfalls rund drei Viertel sehen Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit als zentrale Leitprinzipien der Energieeffizienzpolitik.

Adrian fordert deshalb verlässliche Rahmenbedingungen, eine leistungsfähige Infrastruktur und international wettbewerbsfähige Energiepreise. Außerdem spricht sich die DIHK für eine sofortige Senkung der Stromsteuer für alle Unternehmen, schnellere Netzanschlüsse, einen beschleunigten Infrastrukturausbau sowie weniger Regulierung aus.

Weniger Zuschuss zu Stromnetzentgelten 2027

Unterdessen zeichnet sich nach dem Entwurf des Wirtschaftsplans des Klima- und Transformationsfonds (KTF) für 2027 eine geringere Entlastung bei den Netzentgelten ab. Der Bund plant einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten von rund 5,5 Milliarden Euro. Im laufenden Jahr beträgt dieser noch 6,5 Milliarden Euro.

Nach Einschätzung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) dürfte die Entlastung bei den Netzentgelten deshalb 2027 geringer ausfallen als 2026. Wie sich die Strompreise tatsächlich entwickeln, hänge jedoch erst von den konkreten Netzentgelten und den weiteren Preisbestandteilen ab. Die Netzentgelte machen nach Angaben des BDEW etwa ein Viertel des Strompreises aus. (sh)

Das **DIHK-Energiewende-Barometer 2026** steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Die erste Windkraftanlage für He Dreht wurde im April 2025 errichtet. Quelle: EnBW

Flügel von Windrad in Nordsee abgebrochen

WINDKRAFT OFFSHORE. Das 20 Meter lange Rotorblatt trieb zwischen zwei Offshore-Windparks und gefährdete den Schiffsverkehr. Der Betreiber alarmierte die Bundespolizei.

In einem Offshore-Windpark rund 90 Kilometer nordwestlich der Nordseeinsel Borkum ist ein Flügel eines Windrads abgebrochen und hat die Schifffahrt vorübergehend gefährdet. Das 20 Meter lange und zwei Meter breite Rotorblatt habe zwischen den Windparks „EnBW Hohe See“ und EnBW „He Dreht“ wegen seiner Größe und Beschaffenheit ein erhebliches Risiko für die Seeschifffahrt dargestellt, teilte die Bundespolizei mit. Es habe knapp unter der Wasseroberfläche getrieben und sei somit schwer erkennbar gewesen.

Der Betreiber des Windparks habe die Einsatzkräfte benachrichtigt, nachdem ein Bergungsversuch durch eigene Arbeitsschiffe erfolglos geblieben sei. Ein Schiff der Bundespolizei habe den Schiffsverkehr umgeleitet und vor Ort den in Teile gesägten Flügel an Bord genommen. Die Ursache des Flügelabbruchs sei noch unklar, sagte ein Sprecher der Bundespolizei. Auch die Höhe des Schadens sei bisher nicht bekannt.

Das Bruchstück stammt nach Angaben von EnBW vom Windpark He Dreht. Und das Malheur ereignete sich bereits vergangene Woche. „Wir können bestätigen, dass es am 22. Juli zu einer Beschädigung eines Teils eines Rotorblatts im Windpark He Dreht kam“, teilte eine Sprecherin des Konzerns auf Anfrage von E&M mit. Die Sprecherin betont, dass die Anlagen in He Dreht von Seiten der EnBW „noch nicht abgenommen wurden“. Hersteller der Anlagen in dem Nordsee-Windpark ist Vestas.

He Dreht soll ab Herbst 2026 mit 64 Windkraftanlagen rechnerisch 1,1 Millionen Haushalte versorgen. Der Windpark „Hohe See“ ist seit 2019 am Netz. // VON DPA UND MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Neuer Motor von Everllence auf dem Markt



Quelle: Everllence

KWK. Der Augsburger Motorenhersteller Everllence hat seinen „High-Speed-Motor“ als stationäres Aggregat für die Notstromversorgung von Rechenzentren auf den Markt gebracht.

Everllence reagiert auf die steigende Nachfrage nach Rechenzentren mit einem neuen stationären Motor für die Notstromversorgung. Der „175D High-Speed-Motor“ liefert nach Auskunft des Motorenherstellers 2,4 MW elektrische Leistung und ist für eine schnelle und stabile Lastaufnahme ausgelegt. Das standardisierte 175D Motor lasse sich flexibel in Containerlösungen integrieren und sei für eine Netzfrequenz von 50 Hertz ausgelegt, teilte das Unternehmen mit.

Der 175D Motor wird in Deutschland und Dänemark hergestellt. Dabei fertigt das Unternehmen zentrale Komponenten wie den Motorblock, die Turbolader und die Zylinderköpfe selbst. Die von Everllence entwickelte Motorsteuerung „SaCoS 5000“ erfüllt laut Unternehmen „höchste Cybersecurity-Standards“.

„Die Nachfrage nach Rechenzentren steigt rasant, vor allem getrieben durch den zunehmenden Einsatz von KI“, sagte Alexander Stöckler, Head of Power Segment bei Everllence. Der Hochleistungs-Generator gewährleiste eine nahtlose Einbindung in das Rechenzentrum und sichere Stromversorgung im Bedarfsfall. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Haferschalen statt Erdgas



Quelle: MVV Energie AG

KLIMASCHUTZ. Die Geschäftskundengesellschaft der MVV baut eine Biomasse-Dampfanlage für einen Großkunden.

Mit dem offiziellen Spatenstich haben MVV Enamic und die Rubin Mühle GmbH den Bau einer Biomasseanlage zur Prozessdampferzeugung am Standort Lahr in Baden-Württemberg begonnen. Künftig sollen dort Haferschalen, die bei der Verarbeitung des Getreides anfallen, anstatt Erdgas eingesetzt werden, teilte MVV mit.

Die Rubinmühle in Lahr gehört mit einer jährlichen Verarbeitung von mehr als 100.000 Tonnen Getreide zu den größten Haferverarbeitern Deutschlands. Rund 30 Prozent der anfallenden Biomasse entfallen auf Haferschalen. Bislang wurden diese Reststoffe nicht vollständig am Standort energetisch genutzt. Künftig sollen sie in einer neuen Biomasseanlage verbrannt werden, um den für die Produktion benötigten Prozessdampf bereitzustellen. „Dabei liegt die Kapazität der neuen Anlage bei bis zu fünf Tonnen Dampf pro Stunde“, heißt es weiter.

Die neue Anlage ersetzt jährlich 24 Millionen kWh Erdgas und senkt die fossilen CO₂-Emissionen um rund 4.800 Tonnen. Die Inbetriebnahme ist für das Frühjahr 2027 vorgesehen. Neben der Einsparung von Erdgas soll das Projekt auch den Transportaufwand verringern. Da die Haferschalen direkt am Produktionsstandort anfallen und dort verwertet werden, entfallen nach Angaben der Unternehmen künftig rund 500 Lkw-Fahrten pro Jahr.

Christopher Rubin, geschäftsführender Gesellschafter der Rubinmühle: „Es ist konsequent, die hier vor Ort anfallenden Haferschalen zu nutzen, um CO2-neutral Prozessdampf zu erzeugen. Gleichzeitig reduzieren wir den Transportverkehr im Ort deutlich, was nochmals CO2-Emissionen einspart“, sagte er.

Die Rubinmühle beschäftigt an drei Standorten in Baden-Württemberg und Sachsen rund 280 Mitarbeiter. Das Unternehmen produziert jährlich etwa 180.000 Tonnen Lebensmittelprodukte wie Haferflocken und Hafermehl für Kunden in Europa. Das Unternehmen befindet sich seit über 300 Jahren in Händen der Familie Rubin. (sag) // **VON STEFAN SAGMEISTER**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT

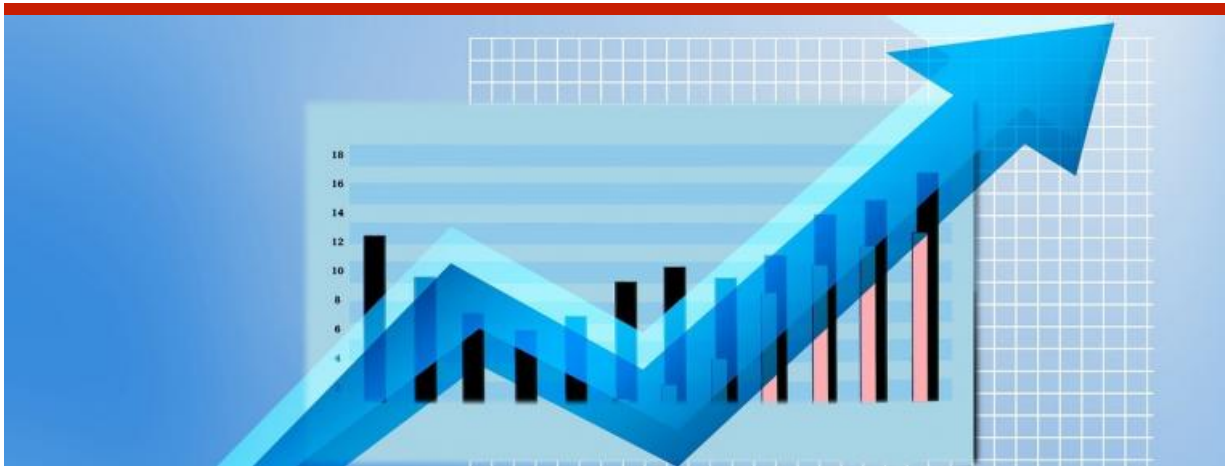


TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

Netzausbau und neue Finanzierung prägen Strategie

BILANZ. Die Stadtwerke Halle sehen bis 2034 einen zusätzlichen Investitionsbedarf von rund 1,2 Milliarden Euro.

Trotz eines Rückgangs des Konzernjahresüberschusses von 21,0 Millionen auf 13,9 Millionen Euro bewertet die Geschäftsführung der Stadtwerke Halle das Ergebnis positiv. Es habe die eigene Planung von 5 Millionen Euro deutlich übertroffen. Als Gründe nennt der Lagebericht insbesondere „Ergebnis- und Effizienzsteigerungsmaßnahmen“ sowie das „konsequente Nutzen sich bietender Chancen“.

Die Stadtwerke Halle (SWH) stellen sich auf umfangreiche Investitionen in die Energie-, Wärme- und Mobilitätswende ein. Nach Angaben des Unternehmens entsteht bis 2034 ein zusätzlicher Investitionsbedarf von rund 1,2 Milliarden Euro. Den größten Anteil daran haben Energie- und Mobilitätsprojekte mit 666 Millionen Euro, gefolgt von Investitionen in die Wasser- und Abwasserinfrastruktur sowie in die IT.

Der hohe Investitionsbedarf spiegelt sich bereits in der Bilanz wider. Das Anlagevermögen des Konzerns erhöhte sich zum Jahresende 2025 auf 1,456 Milliarden Euro nach 1,412 Milliarden Euro im Vorjahr. Den größten Anteil daran haben Sachanlagen im Wert von 1,311 Milliarden Euro. Rund 990 Millionen Euro entfallen auf technische Anlagen und Maschinen. Hierzu zählen insbesondere die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze sowie weitere Anlagen der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur.

Zur Finanzierung der Investitionen setzt die Unternehmensgruppe auf mehrere Instrumente. Neben Gewinnthesaurierungen, Fördermitteln und klassischen Kreditaufnahmen bildet ein eigenkapitalersetzendes Darlehen der Stadt Halle über insgesamt 104 Millionen Euro einen zentralen Baustein. Darüber hinaus wurden 2025 Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen im Umfang von 85 Millionen Euro erfolgreich am Kapitalmarkt platziert. Nach Unternehmensangaben beteiligten sich daran neben deutschen auch internationale Investoren.

Programm zur Integration von Langzeitarbeitslosen fortgeführt

Ein Schwerpunkt der Investitionen liegt auf dem Aus- und Umbau der Energienetze. Das Fernwärmenetz wird vor allem in der Südstadt erweitert und verdichtet. Mit dem Bau der Transporttrasse „Riebecklink“

wurde zudem ein weiterer Schritt zur Erschließung neuer Versorgungsgebiete eingeleitet. Gleichzeitig rechnet der Versorger bis 2045 mit mindestens einer Verdopplung des Leistungsbedarfs in der Stadt.

Ausschlaggebend seien unter anderem der zunehmende Einsatz von Wärmepumpen, der Ausbau der Elektromobilität sowie die steigende Einspeisung aus Photovoltaikanlagen. Deshalb werde das Stromnetz weiter digitalisiert und ausgebaut. Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit seien 2025 zusätzliche Mittel- und Niederspannungskabel verlegt worden. Gleichzeitig will das Unternehmen Optionen für die schrittweise Dekarbonisierung des Gasnetzes bewerten.

Die kommunale Wärmeplanung wurde vom Stadtrat im Frühjahr 2026 beschlossen. Sie sieht einen weiteren Ausbau der Fernwärme, die Erschließung klimaneutraler Wärmequellen sowie individuelle Lösungen dort vor, wo Fernwärme wirtschaftlich nicht sinnvoll ist. Nach Angaben der Stadtwerke entstand der Wärmeplan gemeinsam mit 33 Partnern der Energie-Initiative Halle.

Demografischer Wandel

Auch der demografische Wandel prägt die Unternehmensstrategie. Rund 30 Prozent der derzeit etwa 3.300 Beschäftigten werden nach Angaben der Stadtwerke innerhalb der kommenden zehn Jahre altersbedingt ausscheiden. Deshalb werden Recruiting und Ausbildung ausgebaut. Die Zahl der Bewerbungen für Ausbildungsplätze und duale Studiengänge stieg von 502 im Jahr 2022 auf 2.559 im Jahr 2025. Ergänzend setzt das Unternehmen sein Programm zur Integration Langzeitarbeitsloser fort, aus dem in fünf Projekttrunden mit 158 Personen seit 2018 insgesamt 22 dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse hervorgegangen sind.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Geschäftsjahr 2025 Umsatzerlöse von 953,1 Millionen Euro aus, nach 896,8 Millionen Euro im Vorjahr. Das Ergebnis nach Steuern beträgt 15,35 Millionen Euro (2024: 22,48 Millionen Euro). Nach Abzug der sonstigen Steuern verbleibt ein Konzernjahresüberschuss von 13,86 Millionen Euro, nach 21,04 Millionen Euro im Vorjahr. (fw) // **VON FRITZ WILHELM**

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

 Energietechnik
  Erneuerbare Energien
  Energiemanagement

 **08152 93 11 88**
 **www.energiejobs.online**

Naturenergie mit deutlichem Ergebnisrückgang



Quelle: Naturenergie

BILANZ. Die deutsch-schweizerische EnBW-Tochter Naturenergie musste Einbußen beim Gewinn und Absatz von Strom und Erdgas hinnehmen.

Die Naturenergie Holding AG hat im ersten Halbjahr 2026 einen deutlichen Rückgang bei Umsatz und Ergebnis verzeichnet. Hauptursachen waren niedrigere Vermarktungserlöse für die eigene Stromerzeugung sowie eine erneut unterdurchschnittliche Wasserführung am Hochrhein und im Kanton Wallis. Die deutsch-schweizerische Unternehmensgruppe hält dennoch an ihrer Jahresprognose fest.

Der in der Schweiz gebräuchliche Betriebsertrag, der neben den Umsatzerlösen auch weitere Erträge aus dem operativen Geschäft umfasst, verringerte sich im ersten Halbjahr von 810,2 Millionen Euro auf 661,6 Millionen Euro.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) sank in den ersten sechs Monaten 2026 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 23,1 Millionen Euro von 91,4 Millionen Euro auf 68,3 Millionen Euro. Der Gewinn nach Steuern ging zurück von 70,3 Millionen Euro auf 46,0 Millionen Euro, heißt es vom Unternehmen mit Sitz im schweizerischen Laufenburg an der deutschen Grenze.

Auch der Energieabsatz entwickelte sich rückläufig. Die Naturenergie-Gruppe setzte in den ersten sechs Monaten 3,36 Milliarden kWh Strom und Erdgas ab. Das entspricht einem Minus von 9,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert von 3,73 Milliarden kWh. Nach Unternehmensangaben ist dies vor allem auf geringere Absatzmengen im Geschäftskundensegment zurückzuführen. Zudem wirkten sich niedrigere Strompreise am Terminmarkt aus.

Starker Rückgang bei Erneuerbaren

Besonders die Stromerzeugung, gebündelt im Geschäftsfeld „Erneuerbare Erzeugungsinfrastruktur“, hat im ersten Halbjahr gelitten. Dessen Ebit verringerte sich von 75,5 Millionen Euro auf 52,8 Millionen Euro. Dabei machte dem Unternehmen vor allem Niedrigwasser an den Wasserkraftstandorten zu schaffen. Am Hochrhein lag die Wasserführung 22,1 Prozent unter dem langjährigen Mittel, im Kanton Wallis 6,5 Prozent darunter.

Das Segment „Systemrelevante Infrastruktur“ musste dagegen einen Ergebnismrückgang von 13,7 Millionen Euro auf 10,4 Millionen Euro hinnehmen. Hier wirkten sich höhere operative Kosten und gestiegene Abschreibungen trotz regulatorisch höherer Erlöse negativ aus, heißt es weiter im Halbjahresbericht. Ein Lichtblick bot das Segment „Kundennahe Energielösungen“. Das Adjusted Ebit stieg als einziges Geschäftsfeld von 1,5 Millionen Euro auf 3,5 Millionen Euro.

Trotz des Ergebnismrückgangs investierte Naturenergie im ersten Halbjahr weiterhin umfangreich in den Ausbau ihrer Infrastruktur. Die Bruttoinvestitionen beliefen sich auf 65,8 Millionen Euro nach 74,3 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Mehr als 60 Prozent davon entfielen erneut auf die Stromnetze.

Für das Gesamtjahr hält die EnBW-Beteiligung an ihrer bisherigen Prognose fest. Erwartet wird weiterhin ein operatives Ebit von rund 120 Millionen Euro. Insgesamt rechnet das Unternehmen mit einem deutlich positiven zweiten Halbjahr. Das Bruttoinvestitionsvolumen soll 2026 mehr als 180 Millionen Euro erreichen. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke-Chef in Landshut gibt Posten ab



Quelle: Shutterstock / Yoska

PERSONALIE. Jürgen Fürst steht ab dem 1. August nicht mehr den Stadtwerken Landshut vor. Als Gründe werden persönliche und gesundheitliche Umstände genannt.

Der Werkleiter des kommunalen Eigenbetriebs der Stadt Landshut gibt seinen Posten vorzeitig ab. „Der eigentlich noch bis Juni 2028 laufende Fünfjahresvertrag wird im besten gegenseitigen Einvernehmen beendet“, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung. Eine entsprechende Vereinbarung sei vom Stadtrat in einer nichtöffentlichen Sitzung am 24. Juli einstimmig gebilligt worden.

Der 63-Jährige lege die Werkleitung aus „persönlichen und gesundheitlichen Gründen“ nieder, heißt es weiter. Fürst hatte den Posten im Juni 2023 angetreten, der Vertrag war auf fünf Jahre angelegt. Er folgte damals auf Armin Bardelle, der nach elf Jahren an der Stadtwerkespitze auf eigenen Wunsch ausgeschieden war.

Fürst wechselte von den Stadtwerken Stockach (Baden-Württemberg), die er seit 2014 als Geschäftsführer leitete. Zuvor war er 14 Jahre bei den Stadtwerken Mengen tätig, zuletzt als kaufmännischer Werkleiter. Er ist Wirtschaftsjurist sowie staatlich geprüfter Betriebswirt.



Jürgen Fürst

Quelle: Stadt Landshut/Harry Zdera

Wie es weiter heißt, hat Jürgen Fürst am 31. Juli seinen letzten Arbeitstag in Landshut. Ab dem 1. August wird Jürgen Baron – wie bereits 2023 – erneut interimistisch die Werkleitung übernehmen. Die Suche nach einem neuen Werkleiter soll umgehend beginnen.

Die Herausforderungen für den Eigenbetrieb sind nach Angaben der Stadt groß. Landshuts Oberbürgermeister Thomas Haslinger erklärt: „Ob Energiewende, Optimierung des ÖPNV oder Sanierung des Stadtbads – unsere Stadtwerke stehen vor einer Reihe großer Herausforderungen, die angepackt werden müssen. Wir haben keine Zeit zu verlieren.“

Die Stadtwerke stünden im Energiesektor unter wirtschaftlichem Druck. Investitionen und organisatorische Veränderungen seien erforderlich und gehörten zu den Aufgaben der künftigen Werkleitung.

Die Stadtwerke Landshut betreiben die Sparten Strom, Erdgas, Fernwärme, Wasser und Abwasser sowie den öffentlichen Nahverkehr, die städtischen Bäder und mehrere Parkhäuser. (sag) // **VON STEFAN SAGMEISTER**

[^ Zum Inhalt](#)

Neue Projektwärmegesellschaft gegründet



Martina Häusler und Helmut Gensberger führen die neue Gesellschaft. Quelle: Energie Schwaben

STADTWERKE. Die bayerische Gemeinde Langweid am Lech und „energie schwaben“ haben die Wärme-Projektgesellschaft Energiewerke Langweid gegründet.

Eine neue Gesellschaft auf dem Wärmemarkt: Der Energieversorger Energie Schwaben und die Gemeinde Langweid am Lech im Landkreis Augsburg haben die Energiewerke Langweid gegründet, teilte sie am 27. Juli mit. Ziel ist es, die Gemeinde und ihre Ortsteile zukünftig mit regionaler Bio-Wärme zu versorgen und so eine klimaschonende Nahwärmeversorgung zu schaffen.

Die beiden Geschäftsführer der neuen Energiewerke Langweid sind Helmut Gensberger, Kämmerer in Langweid, und Martina Häusler, bislang Bereichsleiterin Governance und Recht bei Energie Schwaben. „In der Gründung der Energiewerke sehen wir einen wichtigen Schritt für die nachhaltige Entwicklung unserer Gemeinde“, sagte Dominik Jahn, erster Bürgermeister in Langweid am Lech.

Bürgermeister Dominik Jahn sowie Markus Last und Dirk Weimann, Geschäftsführer Energie Schwaben, haben den Vertrag für die neu gegründeten Energiewerke Langweid am 21. Juli unterschrieben. Damit kann die Gesellschaft ihren operativen Betrieb aufnehmen. Beginnend im Kernort Langweid soll das Nahwärmenetz möglichst rasch entwickelt und schrittweise ausgebaut werden. Der Startschuss für die Bio-Wärmeversorgung ist bereits für die Heizperiode 2026/27 geplant. (hr) // **VON HEIDI ROIDER**

Zeppelin richtet sich internationaler aus



Quelle: Zeppelin

UNTERNEHMEN. Die Holdinggesellschaft der Zeppelin-Gruppe wird auf die europäische Rechtsform SE umfirmiert. Die Zeppelin-Stiftung ist weiterhin Gesellschafter.

Die Holdinggesellschaft der Zeppelin-Gruppe wird ihre Rechtsform von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) in eine Societas Europaea (SE) ändern, teilte das Unternehmen mit Sitz in Friedrichshafen am 27. Juli mit. Der Wechsel soll bis Mitte 2027 abgeschlossen sein. Die Holding des Unternehmens firmiert dann unter der Bezeichnung Zeppelin SE. Unverändert bleibt jedoch der Gesellschafter: Die Zeppelin-Stiftung ist auch weiterhin Eigentümer des Unternehmens.

Die Societas Europaea, kurz SE, ist eine anerkannte Rechtsform für länderübergreifend tätige Unternehmen. Mit dem Wechsel von der GmbH zur SE will die Zeppelin-Gruppe nach eigener Auskunft ihrer gewachsenen internationalen Aufstellung besser Rechnung tragen. Die Unternehmensgruppe ist in Europa, Nord- und Südamerika, Asien sowie Afrika aktiv und beschäftigt rund 12.000 Mitarbeitende.

„Die Zeppelin-Gruppe ist heute internationaler als jemals zuvor. Mit dem Wechsel zur SE passen wir die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen an diese Größe und Internationalität an“, sagte Christian Dummmler, Geschäftsführer und CFO der Zeppelin-Gruppe. „Zugleich stärkt die neue Rechtsform unsere Voraussetzungen für weiteres Wachstum, indem wir unsere Strukturen und Standards noch stärker auf die Erwartungen internationaler Geschäfts- und Finanzpartner ausrichten.“

Firmenzukauf als Wachstumstreiber

Die Zeppelin-Gruppe ist im Geschäftsjahr 2025 durch einen großen Zukauf weiter gewachsen (wir berichteten). Zeppelin integriert die Peep Group in den Konzern. Dazu gehören 22 Gesellschaften in Norwegen, den Niederlanden, Nigeria, Belgien und Frankreich mit dem Portfolio von Neu- und Gebrauchtmaschinen, Antriebs- und Energiesystemen, Servicierung und Ersatzteile sowie Lösungen rund um die Vermietung von Equipment und Service. Damit wuchs der Zeppelin-Konzern um 2.000 Mitarbeitende und rund 1,1 Milliarden Euro Umsatz.

Aufgrund der Teilkonsolidierung über sieben Monate wirkte sich der Zukauf bereits 2025 auf die Kennzahlen aus. Für 2026 erwartet das Unternehmen bei vollständiger Konsolidierung einen Umsatz von rund 5 Milliarden Euro.

Zum 1. Januar 2026 übernahm Zeppelin außerdem die Befra Energietechnik GmbH mit Sitz im bayerischen Leutkirch im Allgäu. Damit erweiterte das Unternehmen sein Geschäftsfeld Energie, Klima und Wasser in der Geschäftseinheit „Rental“ um eigene mobile Trafostationen. Befra ist seit knapp 25 Jahren auf Entwicklung, Planung, Vertrieb und Vermietung von Trafostationen spezialisiert. Diese kommen unter anderem auf Baustellen sowie bei Biogas-, Photovoltaik- und Windkraftanlagen zum Einsatz. Der Kundenkreis umfasst Bauunternehmen, kommunale Betriebe, Energieversorger und die Industrie.

Im Zuge der Transformation bündelte Zeppelin die bisherigen fünf strategischen Geschäftseinheiten zu vier Bereichen: Construction Industry & Mining, Rental, Power Systems und Plant Engineering. Das Unternehmen verfolgt damit eine klarere Struktur und eine stärkere Ausrichtung auf Kunden und Prozesse. Künftig will Zeppelin auch von den Entwicklungen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, Infrastruktur und resiliente Energieversorgung profitieren. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Nordex setzt auf milliardenschwere Finanzierungsreserve



Quelle: Nordex

FINANZIERUNG. Nordex hat eine ESG-gebundene Garantiefazilität auf 2,475 Milliarden Euro erweitert. Das Unternehmen will damit seine finanzielle Flexibilität und den Vertrieb stärken.

Die Nordex Group hat eine ESG-gebundene syndizierte Multiwährungs-Garantiefazilität mit einem Volumen von 2,475 Milliarden Euro abgeschlossen. Die Finanzierung läuft über fünf Jahre bis 2031, wie das Unternehmen mitteilt. Als „ESG-gebunden“ (Environmental, Social, Governance) bezeichnet werden Finanzierungen und Kredite, deren finanzielle Bedingungen – wie etwa der Zinssatz oder die Kreditmarge – direkt an das Erreichen messbarer Nachhaltigkeitsziele gekoppelt sind.

Ein syndizierter Kredit wird gemeinsam von mindestens zwei Banken mit einem einheitlichen Vertrag vergeben. An der Fazilität für Nordex beteiligen sich insgesamt 15 Finanzinstitute. Arrangiert wurde die Transaktion von der Commerzbank, Intesa Sanpaolo – IMI CIB Division und der UniCredit Bank GmbH.

Nordex verweist in seiner aktuellen Mitteilung auf die wichtige Rolle, die Garantiefazilitäten in der Windenergiebranche spielen. Sie dienen unter anderem dazu, Garantien für Kundenprojekte bereitzustellen und weitere vertragliche Verpflichtungen in den Märkten abzusichern, in denen Nordex tätig ist: „In den vergangenen fünf Jahren haben wir als Unternehmen einen umfassenden Transformationsprozess durchlaufen“, kommentiert Finanzvorstand Ilya Hartmann.

„Nach der grundlegenden Stärkung unserer Bilanz, der erfolgreichen operativen Neuausrichtung auf industrielles Leistungsniveau sowie der Erreichung unserer mittelfristigen Ziele, markiert die Refinanzierung den ganzheitlichen Abschluss des Turnarounds“. Die Refinanzierung der Garantiefazilität sichere „einen starken und verlässlichen Rahmen für die kommenden Jahre“, lässt er sich weiter zitieren.

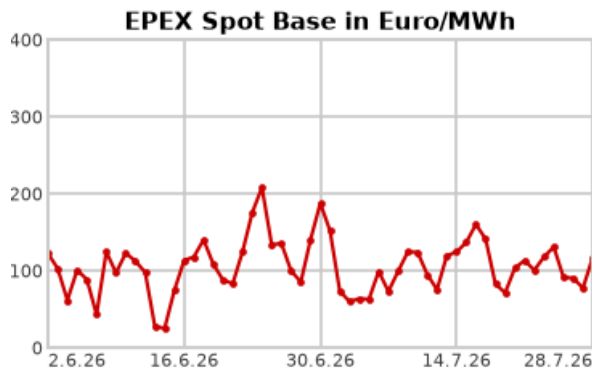
Die Nordex Group hat nach eigenen Angaben seit 1985 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von mehr als 64.000 MW in über vierzig Märkten installiert. Im Jahr 2025 erzielte das Unternehmen einen Konzernumsatz von rund 7,6 Milliarden Euro. Weltweit beschäftigt Nordex mehr als 11.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und produziert in Deutschland, Spanien, Brasilien, Indien und den USA. Das Portfolio umfasst Onshore-Windenergieanlagen der Leistungsklassen von 4 bis 7 MW. (kmt)

// VON KATIA MEYER-TIEN

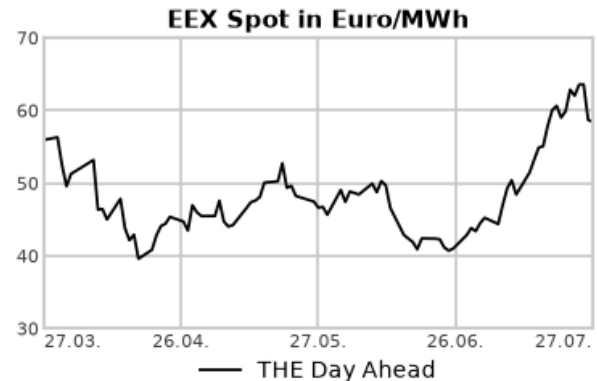
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Entspannung lässt Energiemärkte nachgeben



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Leichter haben sich die Energiemärkte zum Wochenauftritt präsentiert. Strom, Erdgas und Rohöl gaben nach, nachdem Hoffnungen auf eine diplomatische Annäherung zwischen den USA und dem Iran die zuletzt aufgebaute geopolitische Risikoprämie teilweise aus den Märkten nahmen. Der CO₂-Markt zeigte sich ebenfalls etwas schwächer, blieb jedoch vergleichsweise stabil.

Trotz der jüngsten Korrektur bleibt das fundamentale Umfeld insbesondere am Gasmarkt angespannt. Niedrige europäische Speicherstände, eingeschränkte LNG-Lieferungen aus der Golfregion und der verschärfte Wettbewerb mit asiatischen Käufern sorgen weiterhin für erhebliche Unsicherheit mit Blick auf die Versorgung im kommenden Winter. Gleichzeitig könnten neue US-Zölle die Konjunkturaussichten belasten und damit die Nachfrage nach Energie und Emissionszertifikaten dämpfen.

Strom: Durch die Bank schwächer hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Montag gezeigt. Der Dienstag wurde in der Grundlast mit 117,00 Euro je Megawattstunde im Base und 67,25 Euro je Megawattstunde im Peak bewertet.

Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte den Meteorologen von Eurowind zufolge am Dienstag ein gutes Stück geringer ausfallen als noch am Montag. Zwar soll es in den kommenden Tagen wieder sonniger werden, die Wind-Einspeiseleistung soll aber mit 8,8 Gigawatt deutlich unter dem Wert vom Montag (Prognose: 23,2 Gigawatt) liegen. In den kommenden Tagen soll die Wind-Einspeiseleistung in etwa auf diesem Niveau bleiben.

Am langen Ende des Strommarktes gab das Cal 27 um 2,71 auf 107,89 Euro je Megawattstunde nach.

CO₂: Die CO₂-Preise haben am Montag weiter leicht nachgegeben. Der Dec 26 verlor bis gegen 14.00 Uhr 0,09 auf 83,31 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 10,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 84,19 Euro, das Tief bei 82,81 Euro.

Die Spannungen im Nahen Osten bleiben nach Einschätzung der Analysten von Redshaw Advisors der dominierende Einflussfaktor an den Energiemärkten. In den kommenden Tagen dürften die erneut deutlich überdurchschnittlichen Temperaturen etwas Unterstützung für den CO₂-Markt mit sich bringen.

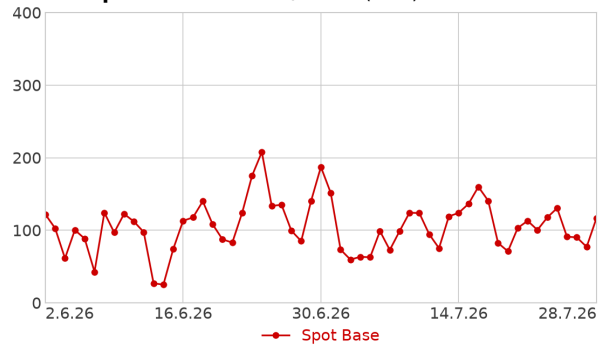
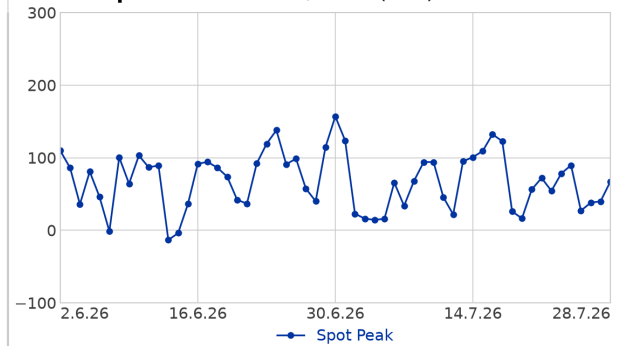
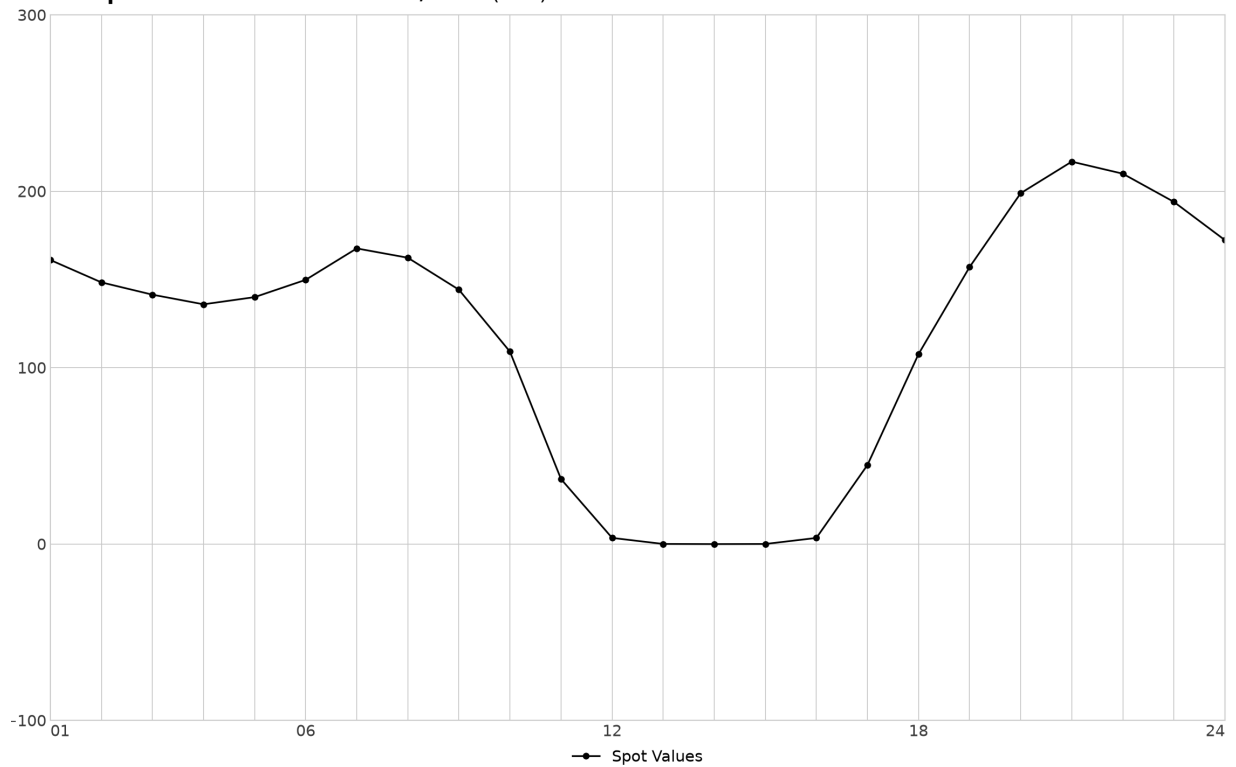
Gleichzeitig schürten die jüngst angekündigten zusätzlichen US-Zölle die Sorgen vor einer höheren Inflation und einer Abschwächung der Konjunktur im zweiten Halbjahr. Dies dürfte die Nachfrage der energieintensiven Industrie nach CO₂-Zertifikaten und Energieprodukten tendenziell begrenzen.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise sind am Montag gesunken. Der Frontmonat am niederländischen TTF gab um 3,375 auf 59,000 Euro je Megawattstunde nach. Am deutschen THE ging es für den Day-ahead um 4,215 auf 59,610 Euro je Megawattstunde nach unten.

Grund für den Preisrückgang sind Hoffnungen, dass die Unterbrechung der Kampfhandlungen zwischen den USA und dem Iran den Weg für neue diplomatische Gespräche ebnen und die LNG-Lieferungen aus der Golfregion wieder normalisieren könnten. Trotz der jüngsten Korrektur notiert der TTF-Frontmonat auf Monatssicht weiterhin mehr als 46 Prozent im Plus, auch weil die Versorgungslage in Europa angespannt bleibt. Die eingeschränkten LNG-Exporte aus Katar treffen auf eine steigende Nachfrage in Asien, während überdurchschnittlich hohe Temperaturen in Europa den Gasverbrauch für die Stromerzeugung erhöhen. Dadurch verschärft sich der Wettbewerb um verfügbare LNG-Lieferungen.

Zusätzliche Sorgen bereiten die vergleichsweise niedrigen Speicherstände. Die europäischen Gasspeicher sind derzeit lediglich zu rund 54 Prozent gefüllt und liegen damit deutlich unter dem saisonalen Fünfjahresdurchschnitt von etwa 70 Prozent. Marktteilnehmer befürchten daher, dass Europa Schwierigkeiten haben könnte, die Speicher rechtzeitig vor Beginn der Heizperiode ausreichend zu füllen. (map) // VON MARIE PFEFFERKORN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

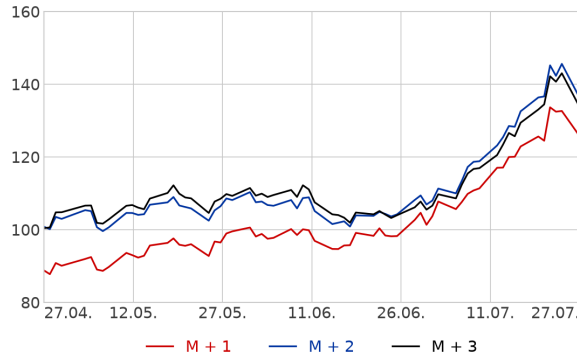
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	27.07.26	German Power Aug-2026	125,77
M2	27.07.26	German Power Sep-2026	136,35
M3	27.07.26	German Power Oct-2026	133,80
Q1	27.07.26	German Power Q4-2026	138,91
Q2	27.07.26	German Power Q1-2027	129,85
Q3	27.07.26	German Power Q2-2027	90,97
Y1	27.07.26	German Power Cal-2027	106,63
Y2	27.07.26	German Power Cal-2028	87,85
Y3	27.07.26	German Power Cal-2029	78,61

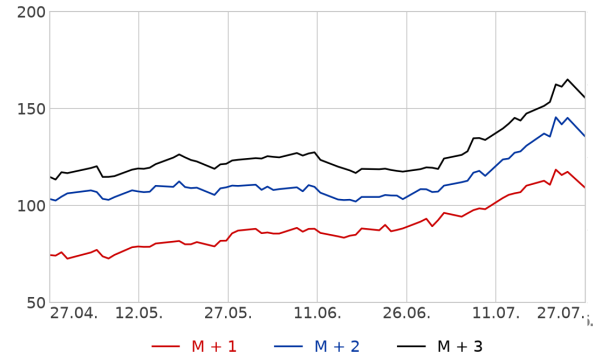
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	27.07.26	German Power Aug-2026	109,05
M2	27.07.26	German Power Sep-2026	135,49
M3	27.07.26	German Power Oct-2026	155,46
Q1	27.07.26	German Power Q4-2026	170,35
Q2	27.07.26	German Power Q1-2027	151,39
Q3	27.07.26	German Power Q2-2027	75,78
Y1	27.07.26	German Power Cal-2027	113,00
Y2	27.07.26	German Power Cal-2028	94,08
Y3	27.07.26	German Power Cal-2029	84,90

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



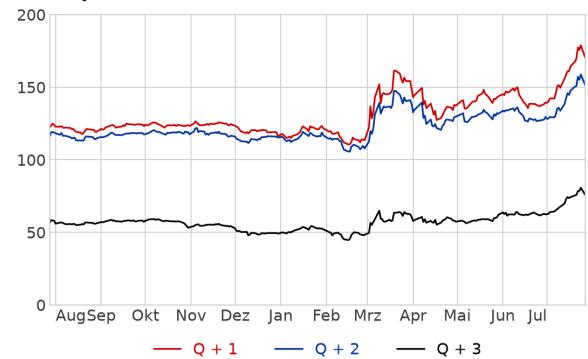
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



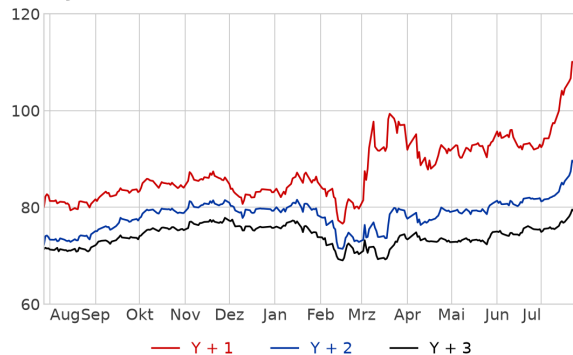
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



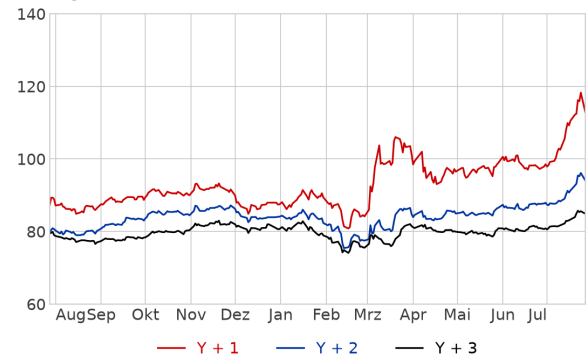
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

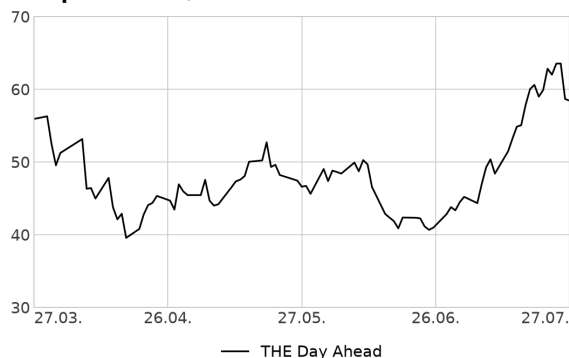


Gas Spot- und Terminmarkt

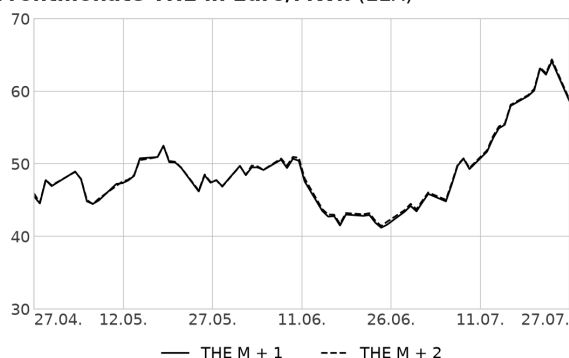
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	27.07.26	German THE Gas Aug-2026	58,63
M2	27.07.26	German THE Gas Sep-2026	58,82
Q1	27.07.26	German THE Gas Q4-2026	59,09
Q2	27.07.26	German THE Gas Q1-2027	56,47
S1	27.07.26	German THE Gas Win-2026	57,79
S2	27.07.26	German THE Gas Sum-2027	40,67
Y1	27.07.26	German THE Gas Cal-2027	44,36
Y2	27.07.26	German THE Gas Cal-2028	31,54

EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



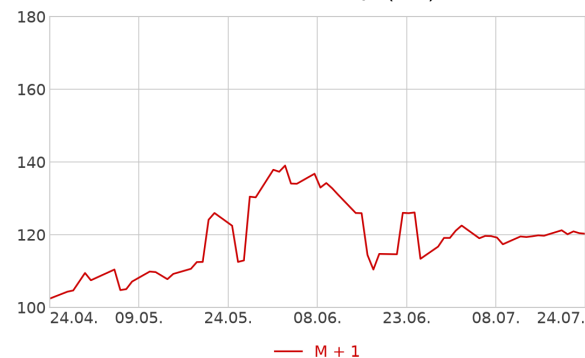
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	27.07.26	116,82	EUR/MWh
Germany Spot peak	27.07.26	67,07	EUR/MWh
EUA August	27.07.26	81,43	EUR/tonne
Coal API2 August 2026	24.07.26	120,25	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day AI	27.07.26	58,42	EUR/MWh
German THE Gas Aug-2026	27.07.26	58,63	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	27.07.26	44,36	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	27.07.26	88,36	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) - Standort Ruhleben - Berliner Wasserbet...

Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) - Standort Ruhleben Job-ID: 4211 Standort: Berlin, Fre...
in Berlin

vor 1 h

● Festanstellung / Ausbildung ● Homeoffice / Weiterbildung / Sabbatical



Teamleiter*in Service & Sicherheit (Fahrgastmanagement)

Komm ins #TeamHerzschlag Wer zu uns kommt, bewegt etwas. Eine Millionenstadt zum Beispiel. Un...
in Köln

vor 1 h

● Projektleitung ● Festanstellung ● Homeoffice / Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit /
Betriebsarzt



Experte Energiewirtschaft Marktprozesse (m/w/d)

Experte Energiewirtschaft Marktprozesse Standort: Neckarsulm Abteilung / Bereich: Energie / Umwelt...
in Neckarsulm

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Consultant Energiewirtschaft Datenqualität MaKo (m/w/d)

Consultant Energiewirtschaft Datenqualität MaKo Standort: Neckarsulm Abteilung / Bereich: Energie / ...
in Neckarsulm

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Vorarbeiter/-in im Garten- und Landschaftsbau (m/w/d)

Wir realisieren mit Freude und Leidenschaft das gesamte Leistungsspektrum im Garten- und Landsch...
in Kiebitzreihe

vor 2 h

● Freie Mitarbeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten
 die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und
 Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: